

Absender

Eingangsstempel

 Landesförderinstitut
 Mecklenburg-Vorpommern
 Postfach 16 02 55
 19092 Schwerin

Aktenzeichen

BFK

-

-

Nur von der Bewilligungsbehörde auszufüllen!

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für ein kulturelles, gemeinwohlorientiertes Projekt in Mecklenburg-Vorpommern aus Mitteln des Bürgerfonds Kultur

Formular bitte vollständig ausfüllen!

 Bei bitte Zutreffendes ankreuzen!

Hinweis: Der Antrag ist beim Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern elektronisch per E-Mail unter buergerbonds@lfi-mv.de oder postalisch einzureichen. Der Antrag muss alle zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung erforderlichen Angaben enthalten. Zusätzliche Unterlagen sind auf Anforderung der Bewilligungsbehörde vorzulegen. Diese entscheidet über Förderfähigkeit sowie Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten für alle Geschlechter.

1. Antragsteller

1.1 Name des Antragstellers

1.2 Straße

1.3 Nr.

1.4 Postleitzahl

1.5 Ort

1.6 Ansprechpartner

1.7 E-Mail

1.8 Telefon

1.9 Mobiltelefon

1.10 Rechtsform und Vertretungsberechtigung (bei juristischen Personen)

1.11 Ggf. Registernummer

1.12 Geburtsdatum (bei natürlichen Personen)
--

1.13 Zuständiges Finanzamt

1.14 Steuer-ID (bei natürlichen Personen)

1.15 Steuernummer

1.16 Umsatzsteuer-ID (bei juristischen Personen)
--

1.17 Ist der Antragsteller zum Vorsteuerabzug berechtigt? <input type="checkbox"/> Ja, ein Nachweis liegt diesem Antrag bei. <input type="checkbox"/> Nein
--

2. Angaben zum Projekt

2.1 Projekttitle

2.2 Zeitliche Durchführung		
Projektlaufzeit		
Vorbereitungszeit	(TT.MM.JJJJ)	_____
Nachbereitungszeit	(TT.MM.JJJJ)	_____
Durchführungszeit (ohne Vor- und Nachbereitung)		
Beginn	(TT.MM.JJJJ)	_____
Ende	(TT.MM.JJJJ)	_____

2.3 Ausführliche Projektbeschreibung unter Benennung der Beteiligten, der Ziele, des kulturellen und gesellschaftlichen Mehrwertes und der genauen Art sowie des Ortes der Aktivitäten
--

--

3. Ausgaben- und Finanzierungsplan

3.1 Ausgaben	Gesamt in EUR	20__ in EUR	20__ in EUR
Gesamtausgaben			
Beantragte Zuwendung des Landes			

3.1.1 Personalausgaben	Gesamt in EUR	20__ in EUR	20__ in EUR
Summe			

3.1.2 Sachausgaben (einschließlich Honorare)	Gesamt in EUR	20__ in EUR	20__ in EUR
Summe			

3.1.3 Investitionen	Gesamt in EUR	20__ in EUR	20__ in EUR
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____
Summe	=====	=====	=====

3.2 Finanzierung

Finanzierung zusammen _____ EUR

3.2.1 Eigenanteil	Gesamt in EUR	20__ in EUR	20__ in EUR
Einnahmen/Erlöse aus der Maßnahme	_____	_____	_____
Sonstige bare Eigenmittel des Trägers	_____	_____	_____
Unbare Leistungen des Trägers	_____	_____	_____
Summe	=====	=====	=====

3.2.2 Öffentliche Zuwendungen

Für die Maßnahme wurden bereits folgende weitere Zuwendungen beantragt oder bewilligt. Bereits bewilligte oder in Aussicht gestellte Beträge sind mit einem * zu kennzeichnen.

	Gesamt in EUR	20__ in EUR	20__ in EUR
Zuwendung der Gemeinde	_____	_____	_____
Zuwendung des Landkreises	_____	_____	_____
Zuwendung des Landes (hier beantragt)	_____	_____	_____
Sonstige öffentliche Zuwendungen	_____	_____	_____
Summe	=====	=====	=====

3.2.3 Beiträge oder andere Finanzierungsanteile Dritter (z. B. Stiftung, Sponsoring, Spenden)

Für die Maßnahme wurden folgende weitere Beiträge oder andere Finanzierungsanteile Dritter beantragt oder bewilligt. Bereits bewilligte oder in Aussicht gestellte Beträge sind mit einem * zu kennzeichnen.

	Gesamt in EUR	20__ in EUR	20__ in EUR
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____
Summe	=====	=====	=====

4. Anlagen zum Antrag

Dem Antrag sind folgende, aktuelle Unterlagen (soweit zutreffend) beizufügen (bei Einreichung per E-Mail als Anhang):

- Kopie des aktuellen Vereinsregisterauszuges oder des Handelsregisterauszuges
- Aktuelle Vertretungsbescheinigung für Stiftungen oder schriftl. Erklärung der Vertretungsberechtigung
- Nachweis, dass keine Berechtigung zum Vorsteuerabzug besteht (z. B. Bescheinigung des Steuerberaters bzw. einer sonstigen, fachlich qualifizierten Stelle oder Freistellungsbescheid)
- Kopie des Personalausweises (Name und Adresse sollten lesbar sein, alle andere Daten können geschwärzt werden)¹⁾
- Kopie der Bankkarte o. vergleichbare Unterlage, aus der namentliche Kontoinhaberschaft hervorgeht¹⁾

¹⁾ Zusätzlich bei natürlichen Personen

Der Antrag kann erst zum Erfolg führen, wenn alle geforderten Unterlagen vorliegen. Die Einholung weiterer Auskünfte und Unterlagen zum Zwecke der Entscheidung über den Förderantrag bleibt der Bewilligungsbehörde vorbehalten.

5. Hinweise/Erklärungen

- 5.1 Der Antragsteller erklärt, mit dem Vorhaben nicht vor Antragseingang begonnen zu haben. Der Antragsteller hat zur Kenntnis genommen, dass als Vorhabenbeginn grundsätzlich der Zeitpunkt des Abschlusses eines der Vorhabenausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrags gilt, beim Vergabeverfahren ist es der Zeitpunkt der Zuschlagserteilung. Bei bestehenden vertraglichen Bindungen für laufende Ausgaben (z. B. Personalausgaben, Sach- und Verwaltungsausgaben, Fremdleistungen) gilt der Erste des Monats, für den diese Ausgaben vorhabenbezogen geltend gemacht werden, als Vorhabenbeginn.
- 5.2 Der Antragsteller hat zur Kenntnis genommen, dass folgende im Antrag anzugebende Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind:
- Angaben zum Antragsteller und zum Zuwendungsempfänger
 - Angaben zum Vorhaben (einschließlich Angaben zum Beginn des Vorhabens)
 - Angaben zu den Ausgaben und der Finanzierung (einschließlich Angaben zu anderen öffentlichen Finanzierungshilfen und zu Zuwendungen Dritter)
 - Angaben, die zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung von Bedeutung sind
 - Angaben, die Gegenstand der dem Antrag beizufügenden Unterlagen sind
 - Angaben zur Verwendung der Zuwendung
- Der Antragsteller hat zur Kenntnis genommen, dass vorsätzlich oder leichtfertig gemachte falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Betrugs (§ 263 StGB) oder Subventionsbetrugs (§ 264 StGB) zur Folge haben können. Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (§ 1 SubvG M-V i. V. m. § 4 SubvG).
- 5.3 Der Antragsteller erklärt, dass die Gesamtfinanzierung des Vorhabens sowie die Finanzierung der mit dem Vorhaben verbundenen Folge- und Unterhaltskosten gesichert sind.
- 5.4 Der Antragsteller erklärt, dass das Vorhaben unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant wird und durchgeführt werden wird.
- 5.5 Der Antragsteller erklärt, dass zum Zeitpunkt der Antragstellung über sein Vermögen kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist und von ihm keine eidesstattliche Versicherung abgegeben wurde.

- 5.6 Der Antragsteller hat zur Kenntnis genommen, dass das Landesförderinstitut M-V als mitteilungs-
pflichtige Stelle bei Bestehen der Mitteilungspflicht nach § 2 Abs. 1 i. V. m. § 8 der Mitteilungsverordnung
den Finanzbehörden Daten über die Zuwendung und den Zuwendungsempfänger (Name, Vorname,
Firma, Anschrift, Steuernummer, Geburtsdatum, Grund, Höhe und Tag der Zahlung) mitteilt.
- 5.7 Der Antragsteller versichert, dass er alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen und
wahrheitsgetreu vorgenommen hat. Über jede wesentliche Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse
und der vorgenannten Angaben während des Antragsverfahrens wird der Antragsteller unaufgefordert
berichten.
- 5.8 Hinweis zum Datenschutz
Die auf der Webseite des LFI M-V zur Verfügung gestellten Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und
21 der DatenschutzGrundverordnung (DS-GVO) zum Umgang mit seinen personenbezogenen Daten
und zu seinen Rechten hat der Antragsteller zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift/en
(bei elektronischer Einreichung: Namenswiedergabe, ggf. des Vertretungsberechtigten)
